

Kapitalmärkte Blickpunkt

LBBW Research | Strategy

Wachstum und Wahlprogramme: eine wirtschaftspolitische Analyse

In aller Kürze:

- Das Research-Team der LBBW hat die Programme der Parteien zur Bundestagswahl auf ihre Wachstumswirkungen untersucht.
- CDU/CSU, Grüne und FDP haben dabei die höchsten Bewertungen erhalten, AfD, BSW und Linkspartei haben die niedrigsten Bewertungen erzielt.
- Keine Partei hat das Rezept für die Entfesselung der Wirtschaft, aber alle präsentieren zumindest einzelne Vorschläge, die das Wachstum befördern könnten.

Dr. Moritz Kraemer

Chefvolkswirt und Leiter Research
+49 711 127-73462
Moritz.Kraemer@LBBW.de

LBBWResearch@LBBW.de
www.LBBW.de/Research

Einleitung

Deutschland befindet sich in einer hartnäckigen Stagnation. 2025 wird voraussichtlich das dritte Jahr in Folge sein, in dem die Volkswirtschaft minimal schrumpft. Das ist zwar nicht in der Intensität, aber in der Dauer ein zuvor nie gesehener Zustand in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Ursachen der Wachstumsschwäche sind vielfältig und zu einem erheblichen Teil strukturell bedingt. Demografie und Deglobalisierung sind entscheidende Treiber. Aber wirtschaftspolitische Entscheidungen der zurückliegenden Jahrzehnte sowie das gesellschaftliche Mindset verstärken den Negativtrend.

In zwei Wochen wird ein neuer Bundestag gewählt. Das haben wir uns zum Anlass genommen, die Wahlprogramme der Parteien zu analysieren. Grundlage dafür ist die Studie „Woran Deutschlands Wirtschaft krank“, die Ende Oktober 2024 erschienen ist. In ihr hat das LBBW Research die für die fehlende wirtschaftliche Dynamik maßgeblichen Faktoren identifiziert und eingeordnet.

Wir wollen und werden Ihnen mit der vorliegenden Folgestudie keine Wahlempfehlung geben. Aber Hinweise, welche Parteien programmatisch welche Wachstumshindernisse adressieren. Die Analyse enthält zwangsläufig auch Elemente subjektiver Einschätzungen. Die absolute und unverrückbare Wahrheit wird deshalb auch sie nicht liefern können.

Parteiprogramme
unter die Lupe
genommen

Die Studie zur Wirtschaftsschwäche

Die Motivation zur im Oktober vorgelegten Studie „[Woran Deutschlands Wirtschaft krank?](#)“ war nicht zuletzt das Unbehagen, dass in der öffentlichen Debatte zu oft mit dem Brustton der Überzeugung auf wohlfeile und monokausale Gründe für die deutsche Wirtschaftsschwäche verwiesen wird. Das Anliegen der Studie ist es, die Diagnostik der ökonomischen Blockaden zu versachlichen. Die Analytinnen und Analysten der LBBW sind in zahlreichen Bereichen fündig geworden. Es knirscht an etlichen Stellen. Einige der Herausforderungen sind externer Natur, die keine Bundesregierung, gleich welcher politischer Couleur, nennenswert beeinflussen kann. Aber die Studie identifiziert auch zahlreiche Politikfelder, die wir angehen können und müssen. Im Folgenden fassen wir die Ergebnisse in aller Kürze zusammen.

Dank seiner starken industriellen Basis zählte Deutschland in den vergangenen Jahren zu den großen Globalisierungsgewinnern. Im Jahr 2023 lag die deutsche Exportquote bei 43 % des BIP. Umso stärker trifft die **Stagnation des Welthandels** die deutsche Volkswirtschaft. Treiber dieser Entwicklung ist neben der Umorientierung des wichtigen Handelspartners China der weltweit zunehmende Protektionismus, der sich in Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen Bahn bricht. Hinzu kommen die Herausforderungen des Klimawandels sowie zunehmende geopolitische Spannungen, die nicht zuletzt den Rohstoffimport erschweren. Aus diesen Einflussfaktoren leiten wir für die hier folgende Analyse der Wahlprogramme die **Handlungsfelder Exportförderung, Rohstoffsicherung und Förderung des Strukturwandels** ab.

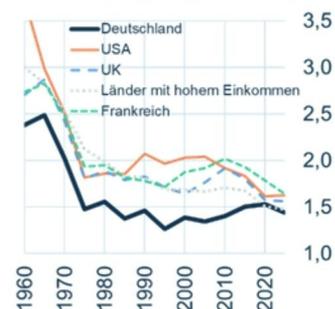
Mehrere politische Baustellen identifiziert die Studie auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Er krankt grundlegend an der **demografischen Entwicklung** des Landes. Wegen der niedrigen Geburtenziffer von nur 1,5 Kindern pro Frau (Abb. 2) schrumpft die Größe jeder kommenden Generation auf weniger als Dreiviertel der vorangegangenen. So werden wir in den kommenden Jahren jährlich netto eine knappe halbe Million Menschen auf dem Arbeitsmarkt verlieren, weil mehr Menschen in den Ruhestand gehen, als junge Leute nachkommen. Umso dringlicher wäre es, **gezielte Fachkräfteanwerbung** zu betreiben und die **Integration** Zugewanderter in den **Arbeitsmarkt** zu verbessern. Und zugleich Arbeitsfähigen mehr **Arbeitsanreize** zu setzen – dafür, generell **am Arbeitsmarkt zu partizipieren**, die **Lebensarbeitszeit zu verlängern** oder eine bisherige Teilzeittätigkeit auf **Vollzeit** auszudehnen.

Schon bei der Vorbereitung auf das Arbeitsleben konstatieren die Analytinnen und Analysten erheblichen **Strukturreformbedarf** in Deutschland. Fehlende **Investitionen in Bildung** haben weitreichende Konsequenzen: Es beginnt bei 300.000 fehlenden Kitaplätzen und reicht bis zum notorisch schlechten Abschneiden deutscher Schüler bei den internationalen PISA-Vergleichstests. Auffällig sind bei Letzteren zudem die ganz besonders schlechten Resultate von Eingewanderten – vor allem schlecht, wenn es um Eingewanderte der ersten Generation geht. Auch eine bessere **Integration im Bildungssektor** zählt mithin zu den Maßnahmen, die das LBBW Research für wirtschaftsförderlich hält. Denn unzulängliche Bildungschancen sind in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland auch ökonomisch fatal.

Für häufige Klagen der Wirtschaft über die hohe **Steuer- und Abgabenlast** haben wir nur bedingt Belege gefunden. So sind etwa die Lohnnebenkosten zwar hoch, doch der Abstand zu anderen Ländern verringert sich bereits seit Jahren. Auch an den Lohnstückkosten ist keine Verschlechterung der Wettbewerbsposition Deutschlands abzulesen. Gleichwohl könnten in Anbetracht der zahlreichen, nun schlagend werdenden strukturellen Herausforderungen gezielte Entlastungen durchaus Investitions- und Wachstumsanreize generieren.

Aus Exportstärke ist Exportabhängigkeit geworden

Abb. 2: Durchschnittliche Kinderanzahl pro Frau



Quelle: United Nations, LBBW Research

Viele Baustellen im Bereich Bildung

Besonderes Augenmerk sollte **das staatliche Handeln** auf die **Deregulierung** vieler Prozesse und Verfahren legen, um der überbordenden Bürokratie Herr zu werden (Abb. 3). Hier lässt sich tatsächlich von einer Überforderung der Wirtschaft sprechen. Das gilt insbesondere auch für Unternehmen in der Anfangsphase: In Deutschland fehlt es an Gründern. Nach einer Untersuchung der Weltbank bedurfte es 2020 in Deutschland neun administrativer Prozesse, um ein Start-up auf die Beine zu stellen. In Großbritannien waren es nur vier, in Kanada sogar nur zwei. **Gründungsförderung** und die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse auch hier ist mithin ein glasklarer Auftrag an die Politik.

Auch dringende Investitionen in **Infrastruktur** erschwert die deutsche – und europäische – Überregulierung. Um den Stau in diesem Bereich aufzulösen, braucht es einen **Investitionsschub** in Höhe eines mittleren dreistelligen Milliarden-Euro-Betrages vorrangig in den öffentlichen Nahverkehr, in Verkehrsinfrastruktur sowie in Schulen und Hochschulen.

Dem entgegen steht allerdings die deutsche **Schuldenbremse**. Einerseits hat sie sich in den zurückliegenden Jahren bewährt und lässt Deutschland in puncto Verschuldung im internationalen Vergleich hervorragend aussehen. Andererseits wäre es durchaus möglich, das Instrument **so zu reformieren**, dass die Schulden weiterhin begrenzt bleiben und die neuen Mittel nur gezielt und für klar definierte Investitionen zum Einsatz kommen. Höheren Schulden stünde dann ein dauerhaft höheres Realwachstum durch die verbesserte Infrastruktur gegenüber.

Zu guter Letzt spielen auch die Einstellungen eine Rolle, die eine Gesellschaft dominieren. Für Deutschland macht das LBBW Research vor allem eine zunehmende **Risikoscheu** und **Veränderungsaversion** aus. „Rund 20 Jahre nach der Agenda 2010 ist Deutschland vielleicht nicht so sehr zum kranken, als vielmehr zum ängstlichen und ein Stück weit bequemem Mann Europas geworden“, schreiben die Autoren des Kapitels **Mindset**. Das zeigt sich in vielerlei Aspekten: Beim Zaudern, Bürokratie abzubauen, bei den Bedenken gegen das Riesenprojekt Energiewende und selbst beim Anlageverhalten. Denn Deutsche sparen zwar fleißig, aber so risikoavers, dass die Rendite weit unter dem Möglichen bleibt. Hier tun **Anreize zur Vermögensbildung** not.

Damit die Wirtschaft langfristig wieder Tritt fasst, braucht es ein umfassendes und mutiges Reformpaket, das möglichst viele Wachstumshemmnisse aus dem Weg räumt. Mithilfe einer **unvoreingenommenen Analyse Orientierung** zu geben, ist Ziel des vorliegenden Blickpunktes.

Abb. 3: Was sind die größten Investitionshindernisse?

(Umfrage 4. Quartal 2024, bis zu drei Nennungen möglich)



Quelle: [Die Familienunternehmer](#), LBBW Research

Zögern und Zaudern statt Mut

Abb. 1: Handlungsfelder und Kriterien im Überblick:

Äußere Einflüsse	Exportförderung Rohstoffsicherung Förderung des Strukturwandels
Demografie	Verlängerung Lebensarbeitszeit Gezielte Fachkräftenwerbung
Staatliches Handeln	Deregulierung Steuern und Abgaben Gründungsförderung Arbeitsanreize
Infrastruktur	Investitionsschub Vereinfachung Prozesse
Bildung und Integration	Investitionen in Bildung Strukturreform Bildung Integration Bildungssektor Integration Arbeitsmarkt
Mindset	Anreize Partizipation Arbeitsmarkt Anreize Vermögensbildung Anreize für mehr Vollzeit

Methodologie

Einbezogen haben wir die Wahlprogramme all derjenigen Parteien, die aus heutiger Sicht eine realistische Perspektive haben, in den neuen Bundestag einzuziehen. Das sind CDU/CSU (zusammengefasst unter Union), AfD, SPD, Grüne, Linkspartei, FDP und BSW.

Jedes Wahlprogramm (die optimistischeren Parteien nennen es gleich „Regierungsprogramm“) haben sechs oder sieben Analytinnen und Analysten des LBBW Research gelesen. Danach haben sie unabhängig voneinander eine Bewertung von Null (wird nicht erwähnt oder negative Wirkung) bis 4 (zentrale Leitplanke des Programms mit plausiblen Details) vergeben (siehe Abb. 4 für Definitionen). Dabei haben wir uns parteipolitische Scheuklappen verordnet, um den Einfluss der eigenen politischen Präferenzen weitestgehend aus der individuellen Bewertung auszublenden.

Zwei wichtige Annahmen liegen den Bewertungen zugrunde. Erstens: Wir nehmen die Parteien beim Wort. Wir berücksichtigen nur das, was im Programm tatsächlich niedergeschrieben ist. Es findet also kein Interpretationsversuch statt darüber, was die Partei meinen könnte, auch wenn sie es nicht schreibt. Und auch Äußerungen von führenden Parteivertretern, die Aussagen des Programms konterkarieren oder modifizieren, haben wir nicht berücksichtigt. What you see is what you get! Im Falle der CDU/CSU haben wir nur das gemeinsame Wahlprogramm berücksichtigt. Die parallel von der CSU separat veröffentlichte „Bayern-Agenda“ bleibt außen vor, obwohl dort durchaus auch abweichende Positionen vom gemeinsamen Unionsprogramm zu finden sind.

Zweitens: Wir spekulieren nicht darüber, welche Vorschläge die Parteien in Koalitionsverhandlungen verändern, weichspülen oder opfern könnten. Die technische Annahme ist, dass die Partei, die das betrachtete Programm veröffentlicht hat, mit einer absoluten Mehrheit durchgreifen kann und keine Kompromisse eingehen muss.

Im Anschluss haben die Analytinnen und Analysten die individuellen Bewertungen auf ein bis zwei „Parteitagen“ diskutiert, in der Folge zum Teil angepasst und dann auf eine Nachkommastelle aggregiert durch die Bildung des Durchschnitts (arithmetisches Mittel).

Jede Analytistin oder Analyst hat zwei Wahlprogramme bewertet. Dabei haben sie nur die vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Betracht gezogen, die Einfluss auf die in unserer Stagnationsstudie identifizierten Wachstumshemmnisse nehmen würden. Gesellschaftspolitische, außenpolitische und andere Themen flossen nicht in die Bewertung mit ein. Auch wenn diese Aspekte natürlich ebenfalls relevant sind und das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen.

Aus diesem Grund sei hier noch einmal betont, dass die partielle, rein wirtschaftspolitische Betrachtung keinesfalls als Wahlempfehlung des LBBW Research missinterpretiert werden darf, und schon gar nicht als Wahlempfehlung des LBBW Konzerns.

Eine im strengen Sinne wissenschaftliche oder objektive Bewertung ist nicht möglich. Jede Einwertung ist notwendigerweise subjektiv. Durch die Durchschnittsbildung aus sechs bis sieben unabhängig voneinander vorgenommenen Bewertungen entsteht dennoch eine gewisse Objektivierung. Tatsächlich lagen die individuellen Bewertungen meist relativ eng beieinander. Nur in besonderen Ausnahmefällen wichen sie um zwei oder gar mehr Punkte voneinander ab. Im Folgenden diskutieren wir zunächst die aggregierten Ergebnisse.

Abb. 4:
Bewertungsschema

0	Wird nicht erwähnt oder negative Wirkung
1	Wird nur kurz erwähnt, aber nicht genauer thematisiert
2	Wird thematisiert, aber ohne oder mit nur unplausiblen Details
3	Wird thematisiert, mit plausiblen Details
4	Zentrale Leitplanke des Programms mit plausiblen Details

Jedes Programm
für sich im Blick

Analog zu den Erkenntnissen der Stagnationsstudie sind die wachstumshemmenden Faktoren in sechs Kategorien unterteilt:

- **Äußere Einflüsse:** Hier geht es um Herausforderungen wie Protektionismus, Rohstoffsicherheit und Transformation.
- **Demografie:** Diese Kategorie behandelt den demografischen Wandel und den damit strukturell einhergehenden Rückgang des Arbeitsangebots.
- **Staatliches Handeln:** Hier findet sich wirtschaftspolitisches Handeln im engeren Sinne wie Regulierung, Steuer- und Abgabenpolitik, Arbeitsanreize und das Umfeld für Unternehmensgründungen.
- **Infrastruktur:** Investitionen und die Vereinfachung von Genehmigungs- und Umsetzungsverfahren sind hier zentrale Stellschrauben
- **Bildung und Integration:** Das Thema Humankapital, und somit Produktivität, steht hier im Vordergrund.
- **Mindset:** In dieser Kategorie werden gesellschaftliche Einstellungen thematisiert, wie etwa der Umgang mit Risiken, Leistungsbereitschaft und Vorsorge durch Vermögensbildung.

Die sechs untersuchten Kategorien

Wer hat das Wachstumsrezept?

Die kurze Antwort lautet: eigentlich keine Partei. Der ganz große wirtschaftspolitische Wurf findet sich in keinem der Wahlprogramme. Was es allerdings durchaus gibt, sind wertvolle Impulse, die partiell dazu geeignet sein könnten, die Wachstumsdynamik wieder anzufachen.

So liegen CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP in ihrem ungewichteten Durchschnitt zwischen 2 und 3. Bei der SPD gilt das allerdings nur mit Abstrichen. Nach den Definitionen in Abb. 4 bedeutet der 2-bis-3-Korridor, dass eine Partei sinnvolle wirtschaftspolitische Änderungen vorschlägt, die aber nur teilweise mit plausiblen Details unterlegt sind.

Für die AfD, und vor allem den BSW und die Linkspartei fallen die Bewertungen niedriger aus und liegen im ungewichteten Durchschnitt zwischen 1 und 2. Aus der Analyse der jeweiligen Wahlprogramme lässt sich ableiten, dass bei diesen Parteien das wirtschaftspolitische Element nicht im Vordergrund steht.

Der ganz große Wurf ist nicht dabei

Abb. 5: Die Ergebnisse nach zusammenfassenden Kategorien

	Union	SPD	Grüne	AfD	BSW	FDP	Linke
Äußere Einflüsse	2,5	2,2	2,3	0,5	1,9	1,8	0,8
Demografie	2,9	1,6	2,6	1,4	0,5	2,0	0,4
Staatliches Handeln	2,6	1,1	2,2	2,1	1,3	2,7	0,0
Infrastruktur	2,4	2,6	2,8	2,2	2,0	2,0	1,0
Bildung und Integration	2,3	1,9	2,3	1,3	1,9	2,5	2,8
Mindset	2,0	1,4	2,3	1,9	0,8	2,7	1,1
Mittelwert	2,4	1,8	2,4	1,6	1,4	2,3	1,0
Median	2,4	1,8	2,3	1,7	1,6	2,2	0,9
Standardabweichung	0,3	0,5	0,2	0,6	0,6	0,4	0,9

Neben Union und FDP, die den Wahlkampf stark auf wirtschaftliche Themen fokussieren, erreichen auch die Grünen hohe Bewertungen. Und weisen darüber hinaus auch eine relativ hohe Konstanz der Ergebnisse zwischen den Kategorien auf, was an der relativ niedrigen Standardabweichung abzulesen ist (letzte Zeile Abb. 5).

Abb. 6 zeigt die Ergebnisse in einem größeren Detailgrad. Dort sind die Bewertungen auch unter der Ebene der großen Kategorien zu sehen. Glatte Vieren, also Vollpunktzahl, kommen bei der Bewertung nicht vor. Das bedeutet, dass keine Partei Vorschläge unterbreitet, die nicht nur

eine starke Priorisierung von Maßnahmen zum Ausdruck bringen, sondern auch konkrete und plausible Details zu deren Umsetzung präsentieren. Das mag vielleicht auch an der wegen des vorgezogenen Wahltermins relativ kurzen Zeit liegen, die zur Programmerstellung zur Verfügung stand. Auf jeden Fall sind die Programme im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 eher [kürzer und einfacher](#) gefasst.

Andererseits gibt es einige Zellen, die mit einer Null-Wertung belegt sind, insbesondere bei der Linken. Das bringt zum Ausdruck, dass wir im Programm keine Hinweise auf Maßnahmen erkennen konnten, die das entsprechende Wachstumshemmnis verringern.

Eine Null-Wertung kann auch zum Ausdruck bringen, dass die Vorschläge direkt kontraproduktiv sind und die Wachstumsaussichten weiter dämpfen würden. Das gilt etwa für die Forderung der AfD, aus der EU auszutreten: In Anbetracht der engen Vernetzung mit den Partnerländern und Deutschlands Exportabhängigkeit wäre das wirtschaftspolitische Harakiri. Etwa ein Viertel der deutschen Wertschöpfung entfällt auf Exporte in andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Und Deutschland verlöre auch automatisch die Mitgliedschaft in von der EU verhandelten Freihandelsabkommen, was weitere Handelsverluste in Drittstaaten nach sich ziehen würde. Tatsächlich wäre eine Umsetzung dieses unausgegorenen Plans derartig desaströs für Deutschlands Wachstumsperspektiven, dass die Forderung alle teilweise ja auch konstruktiven wirtschaftspolitischen Elemente im AfD-Programm konterkariert. Wir haben aber zugunsten der methodologischen Transparenz bewusst davon Abstand genommen, das gesamte Programm der AfD in Sippenhaft zu nehmen und mit einer glatten Null zu versehen. Doch die „Dexit“-Forderung ist eindeutig der schädlichste aller Vorschläge aller untersuchten Parteien.

Abb. 7 fasst die Ergebnisse grafisch zusammen und zeigt die ungewichteten Mittelwerte über alle in Abb. 6 gelisteten Aspekte hinweg. Wenn die einzelnen Kriterien gewichtet werden, beispielsweise mit Blick auf rasche und wirkungsstarke Umsetzbarkeit von Maßnahmen, ergeben sich auch bei verschiedenen Gewichtungsansätzen keine signifikanten Änderungen in der relativen Einordnung der Wahlprogramme. Deshalb sehen wir an dieser Stelle von einer entsprechenden Diskussion ab.

Abb. 6: Die Ergebnisse im Einzelnen

		Union	SPD	Grüne	AfD	BSW	FDP	Linke
Äußere Einflüsse	Exportförderung	3,0	2,0	1,3	0,0	1,8	2,7	0,0
	Rohstoffsicherung	2,1	2,3	2,5	1,0	1,8	1,5	0,5
	Förderung des Strukturwandels	2,4	2,4	3,0	0,5	2,0	1,3	1,8
Demografie	Verlängerung Lebensarbeitszeit	2,7	1,0	2,5	1,8	0,2	1,7	0,0
	Gezielte Fachkräfteanwerbung	3,0	2,3	2,7	1,0	0,7	2,3	0,8
Staatliches Handeln	Deregulierung	3,3	1,9	2,3	3,0	1,8	3,5	0,0
	Steuern und Abgaben	2,0	0,3	2,0	2,0	1,0	2,0	0,0
	Gründungsförderung	2,4	1,3	2,0	1,2	1,8	1,7	0,0
	Arbeitsanreize	2,7	1,0	2,3	2,3	0,5	3,5	0,0
Infrastruktur	Investitionsschub	1,9	3,3	3,2	1,5	2,5	1,3	2,0
	Vereinfachung Prozesse	2,9	2,0	2,3	2,8	1,5	2,7	0,0
Bildung und Integration	Investitionen in Bildung	2,4	2,1	2,8	1,2	2,7	2,8	2,7
	Strukturreform Bildung	2,1	1,1	1,3	1,7	2,7	2,3	3,2
	Integration Bildungssektor	1,7	1,9	2,2	1,2	1,3	2,0	3,3
	Integration Arbeitsmarkt	2,7	2,6	2,8	1,0	0,7	2,7	1,8
Mindset	Anreize Partizipation Arbeitsmarkt	2,6	1,0	2,5	3,0	1,3	3,0	1,7
	Anreize Vermögensbildung	2,4	2,0	2,2	2,0	0,3	3,0	0,0
	Anreize für mehr Vollzeit	1,1	1,3	2,2	0,8	0,8	2,2	1,5
Mittelwert		2,4	1,8	2,3	1,6	1,4	2,3	1,1
Median		2,4	1,9	2,3	1,3	1,4	2,3	0,7
Standardabweichung		0,5	0,7	0,5	0,8	0,8	0,7	1,2

Programme sind unter Zeitdruck entstanden

AfD-Forderung des EU-Austritts ist die wachstumsfeindlichste aller Ideen

Ähnliche Durchschnittswerte, wie etwa bei den Unionsparteien einerseits und den Grünen andererseits, können allerdings auf verschiedene Weisen entstehen und bedeuten nicht notwendigerweise, dass die in den Wahlprogrammen zum Ausdruck gebrachten wirtschaftspolitischen Prioritäten deckungsgleich sind. Das lässt sich etwa durch die bilateralen Korrelationen der Werte aus Abb. 6 illustrieren. Sie sind in Abb. 8 dargestellt. Hier wird deutlich, dass zwischen Union und Grünen, trotz vergleichbar hoher durchschnittlicher Einwertung mit 0,02 nur eine vernachlässigbare Korrelation zwischen den Politikfeldern vorliegt.

Verhandlungen über wirtschaftspolitische Themen in Koalitionsgesprächen versprechen umso einfacher zu werden, je näher Parteien beieinanderliegen. Besonders kompatibel erscheinen laut der Analyse wirtschaftspolitisch einerseits die Kombination SPD und Grünen und andererseits Union, FDP und AfD. Auch die Programme von BSW und Linke passen gut zusammen. Dass nach dem 23. Februar Mehrheiten und Koalitionen aus diesen Parteikombinationen entstehen werden, darf aber beinahe sicher ausgeschlossen werden. Deshalb liegt der Schluss nahe, dass es in den Koalitionsgesprächen nicht einfach werden dürfte.

Andererseits könnte sich hinter der Unterschiedlichkeit der wirtschaftspolitischen Ansätze auch eine Chance für eine konstruktive Koalitionsbildung verbergen. Nehmen wir das Beispiel CDU/CSU und Grünen: Würden sie miteinander verhandeln und in einem Geben und Nehmen jeweils derjenigen Partei bei der Bestimmung der Maßnahmen den Vortritt lassen, die den höheren Zeilenwert vorweist, wäre ein daraus abgeleiteter Koalitionsvertrag besser als der Durchschnitt seiner Teile. Mit insgesamt 2,7 schnitten die beiden Parteien gemeinsam besser ab als irgendeine hier betrachtete Partei isoliert betrachtet.

Abb. 7: Gesamtbewertung der Parteien

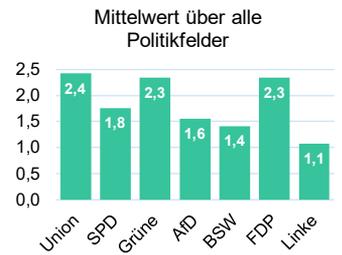


Abb. 8: Korrelation der wirtschaftspolitischen Prioritäten

	Union	SPD	Grüne	AfD	BSW	FDP
Union		0,10	0,02	0,28	-0,10	0,50
SPD	0,10		0,55	-0,37	0,34	-0,22
Grüne	0,02	0,55		0,05	-0,03	-0,23
AfD	0,28	-0,37	0,05		-0,17	0,51
BSW	-0,10	0,34	-0,03	-0,17		-0,24
FDP	0,50	-0,22	-0,23	0,51	-0,24	
Linke	-0,48	0,26	0,16	-0,26	0,48	-0,21

Wer steht wofür?

Die durchschnittlich 24.000 Wörter langen Wahlprogramme zusammenfassen zu wollen, würde den Rahmen dieses Blickpunktes sprengen. Stattdessen sollen an dieser Stelle nur einige schlaglichtartige Hinweise auf zentrale Vorschläge der Parteien geboten werden, die Auswirkungen auf das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft entfalten könnten. Die Unionsparteien und die FDP ähneln sich durch ihren starken Fokus auf Deregulierung und damit einhergehend auf der Reduzierung von bürokratischen Belastungen für Unternehmen und Bürger. Um diese Ziele zu erreichen, schlagen sie auch praktikable Maßnahmen vor. CDU/CSU geben darüber hinaus auch Hinweise, wie sie Verordnungen und Regelungen verschlanken wollen, um öffentliche Investitionen schneller umzusetzen. Die FDP hebt außerdem stark auf die Stärkung von Arbeitsanreizen und der privaten Vermögensbildung ab.

Bei der Bereitstellung neuer finanzieller Ressourcen für eine Investitionsoffensive stoßen Union und FDP allerdings an die Schuldenbremse, die beide nicht zur Disposition zu stellen bereit sind. Progressiver gehen hier SPD und vor allem die Grünen vor. Eine erhebliche Ausweitung von Investitionen in Infrastruktur und Bildung nimmt bei beiden

Parteien erheblichen Raum ein. Die Grünen legen außerdem erwartungsgemäß starkes Gewicht auf Maßnahmen zur Transformation der Wirtschaft und zur Integration von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt.

Bei der AfD sticht die Forderung nach einem Familiensplitting im Steuerrecht hervor, die dazu geeignet sein kann, die extrem niedrige Geburtenrate im Land wieder zu erhöhen. Dass die AfD-Forderung nach einem Austritt aus der EU folgenschwere wirtschaftliche Folgen hätte, wurde bereits an anderer Stelle betont.

Während das BSW insgesamt relativ wenige wachstumsfördernde Projekte im Köcher hat, widmet es dem Thema Bildung großes Augenmerk. Langfristig ist gute Bildung eine notwendige Voraussetzung für Produktivität und Wachstum. Wen die Rohstoffabhängigkeit von feindlichen Regimen nicht anfruchtet, der kann vermutlich auch in der BSW-Forderung nach Wiederaufnahme von Gaslieferungen aus Russland positive Wachstumsimpulse durch günstigere Energiekosten erkennen. Auch bei der Linkspartei spielen Bildung und die Integration von Migrantenkindern in den Bildungssektor eine große Rolle. Eine Reihe konkreter Vorschläge im Programm der Linken könnte dazu beitragen, die in Deutschland wenig erfolgreiche Integration von zugewanderten Kindern und Jugendlichen zu überwinden. Ansonsten ist das Programm durch Vorschläge zur Einführung sozialistischer Strukturen mit Verstaatlichungen und stark ausgeprägten Umverteilungen gekennzeichnet.

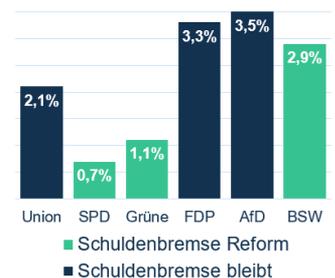
Bitte keine leeren Versprechungen!

Die in den Wahlprogrammen vorgeschlagenen Maßnahmen sind üblicherweise relativ generell gehalten. Das verunmöglicht eine belastbare Quantifizierung von Kosten und Nutzen. Eine Ausnahme hiervon ist die Steuer- und Abgabenpolitik. Tatsächlich versprechen alle Parteien steuerliche Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger. Allerdings sind die Versprechungen in einigen Fällen nicht realisierbar, weil keine glaubwürdige Gegenfinanzierung vorgetragen wird. Das gilt insbesondere für diejenigen Parteien, die trotz bereits existierendem Staatsdefizit die Steuern zum Teil massiv senken und zugleich an der verfassungsmäßigen Schuldenbremse festhalten wollen (dunkle Balken in Abb. 9).

In diesen Fällen haben Analytinnen und Analysten des LBBW Research bei den entsprechenden internen „Parteitage“ entschieden, die Bewertungen für den Faktor „Steuern und Abgaben“ auf 2 zu deckeln. Grundlage ist die Definition der Klassifizierungskategorien (Abb. 4): Um eine 3 zu erhalten, sind „plausible Details“ notwendige Bedingung. An diesem Plausibilitätstest scheitern diejenigen Parteien, die einerseits großzügig die Steuerzahler beglücken wollen, keine kompensierenden Einsparungen in gleicher Höhe offerieren und zugleich an der harten Schuldenbremse festhalten wollen.

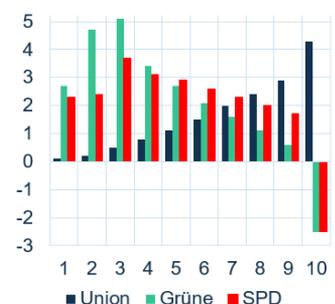
Zugleich macht ein näherer Blick auf die Steuerpläne der Parteien deutlich, wie schwer eine rasche und einvernehmliche Koalitionsbildung werden könnte. Die einzigen derzeit realistischen Konstellationen scheinen eine Koalition der Unionsparteien mit der SPD und/oder den Grünen. Während alle drei Parteien Steuersenkungen im Gepäck haben (die Union mehr als die beiden potenziellen Partner), unterscheiden sich die Pläne dennoch massiv. Während die Union vor allem die Bezieher sehr hoher Einkommen zu entlasten gedenkt und für die Niedrigeinkommensbezieher vergleichsweise wenig im Angebot hat, verhält es sich für Sozialdemokraten und Grüne genau andersherum (Abb. 10).

Abb. 9: Was die Parteien an Entlastungen versprechen (% des BIP)



Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft, LBBW Research

Abb. 10: Prozentuale Veränderung der verfügbaren Einkommen pro Einkommensdezil



Quelle: ZEW, LBBW Research

Der Trend geht zum Populismus

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 ist der Ton in den Wahlprogrammen populistischer und antagonistischer geworden – sogar so sehr wie seit mehr als 40 Jahren nicht mehr. Das zeigt eine Textanalyse der Universität Hohenheim. Dabei ist die Inzidenz von populistischen, typischerweise gegen die „Eliten“ oder das „Establishment“ gerichtete Formulierungen erwartungsgemäß sehr ungleich verteilt.

Spitzenreiter in populistischen Ausführungen ist das BSW. Fast jeder zehnte Satz enthält gegen sogenannte Eliten gewandte Inhalte. Die AfD folgt nicht weit dahinter. Mit der Linkspartei findet sich der dritte im Bunde. Die Parteien der Mitte sind wenig überraschend weniger versucht, sich mit Establishment-Kritik hervorzutun. Schließlich und endlich stellen sie ja selbst in unterschiedlichem Umfang das Establishment dar. Das war nicht immer so. 1983 lasen sich die Wahlprogramme noch populistischer als heute. Maßgeblich dafür war damals die noch junge Grüne Partei. Heute hat sie sich zu einem festen Bestandteil der politischen Mitte im weiteren Sinne gemausert. Ob BSW und AfD über die Zeit hinweg den gleichen Weg der Mäßigung gehen werden? Es wäre sicherlich zu wünschen, aber derzeit deutet nichts darauf hin.

In der Zwischenzeit führt die Populismuswelle zu einer Defensivhaltung der etablierten Parteien. Sie verleitet zu einer künstlichen Vertiefung der politischen Gräben und zu einer übertriebenen Differenzierung der etablierten Parteien untereinander. Das wiederum erschwert es, vertrauensvolle und handlungsstarke Koalitionen zu schmieden, was Politikverdrossenheit und den Aufstieg populistischer Bewegungen zusätzlich beflügelt.

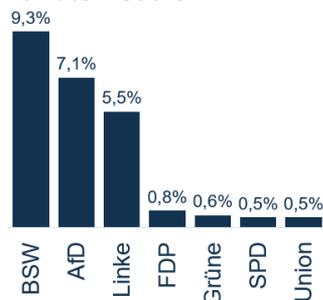
Nach dem 23. Februar haben die Parteien der Mitte die Gelegenheit, diesen Teufelskreis zu durchbrechen und eine starke reformorientierte Koalition auf die Beine zu stellen. Das könnte gleichzeitig den Populisten den Wind aus den Segeln nehmen. Aus heutiger Sicht zeichnet sich solch ein pragmatisches und konstruktives Vorgehen noch nicht ab, und die in dieser Studie vorgelegte Programmanalyse zeigt auf, dass die Parteien die Herausforderungen lediglich partiell adressieren. Hoffnung macht, dass die Wahlprogramme, zumindest in wirtschaftspolitischer Hinsicht, nicht so weit auseinanderliegen, wie es dem geneigten Nachrichtenkonsumenten scheinen mag. Die Parteien dürfen die Chance auf ein Wiedererstarken der Glaubwürdigkeit in der politischen Mitte nicht verspielen. Ansonsten schwinden die Aussichten auf wirklich wirkungsvolle Wirtschafts-, aber auch gesellschaftspolitische Reformen.

Anhang: Mensch gegen Maschine – Wie die KI die Programme bewertet

Das in dieser Studie angewandte Vorgehen der Bewertung der Parteiprogramme basiert auf der Bewertung durch die Analytinnen und Analysten des LBBW Research. Wo immer Menschen Sachverhalte wie Wahlprogramme beurteilen, fließen persönliche Werte und Überzeugungen mit ein. Diese können zum Verlust von Objektivität führen. Durch die Durchschnittsbildung von mindestens sechs unabhängig voneinander vorgenommenen Bewertungen haben wir subjektive Einfärbungen zu minimieren versucht. Was aber, wenn die Werturteile und Präferenzen der Mitarbeitenden des LBBW-Research ähnlich sind und damit keine wirkliche Diversifizierung der Meinungen erreicht wird?

Als Kontrolle haben wir die Parteiprogramme von ChatGPT nach unseren Kriterien und Methoden durchleuchtet und bewerten lassen. Abb. 13 zeigt die Abweichungen der Einwertungen der künstlichen Intelligenz von der menschlichen (für letztere siehe Abb. 6). Abb. 12 stellt die Bewertungen im direkten Vergleich dar.

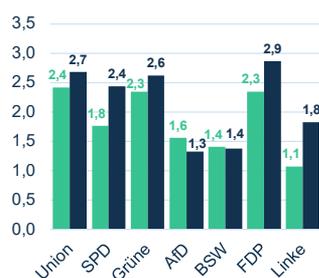
Abb. 11: Anteil der populistisch gegen Eliten gewandten Sätze



Quelle: [Universität Hohenheim](#), LBBW Research

Abb. 12: Menschliche und Künstliche Intelligenz im Vergleich

Mittelwerte über alle Politikfelder
MI = grün
KI = blau



Grüne Zellen kennzeichnen positivere Bewertungen der KI im Vergleich zur Meinung der Analysten. Die KI-generierte Bewertung liegt in der Regel nicht weit von der LBBW Research-Analyse entfernt: über alle Zellen hinweg beträgt die durchschnittliche Abweichung +0,3 Punkte (Median ebenfalls +0,3).

Insgesamt sind die KI-erstellten Ergebnisse etwas großzügiger als die LBBW-Analyse. Mit Blick auf die Parteien links der Mitte (SPD, Grüne und Linke) ist die KI sogar noch konstruktiver (durchschnittlich +0,6). Das Programm der AfD schneidet bei der KI dagegen negativer ab als beim LBBW Research. Insgesamt scheinen die KI-generierten Ergebnisse die Bewertungen der LBBW-Analystinnen und Analysten weitgehend zu stützen. Sie zeigen aber auch, dass kontextuale Interpretation durch Sachverständige (noch?) einen zusätzlichen Mehrwert generiert.

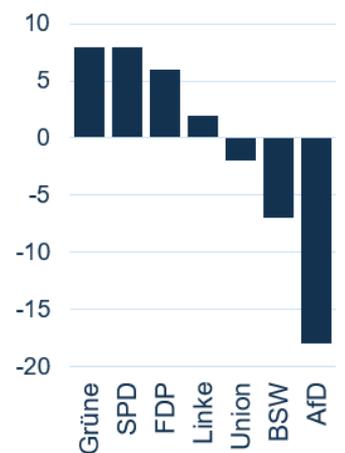
Abb. 13: Abweichungen zwischen Künstlicher und menschlicher Intelligenz

		Union	SPD	Grüne	AfD	BSW	FDP	Linke
Äußere Einflüsse	Exportförderung	-1,2	1,0	0,5	0,0	-1,6	-0,5	0,0
	Rohstoffsicherung	-1,1	0,1	0,5	-0,4	-1,8	-0,3	2,3
	Förderung des Strukturwandels	0,0	0,4	1,0	0,7	0,2	1,1	2,0
Demografie	Verlängerung Lebensarbeitszeit	-0,1	-0,6	-2,1	1,2	-0,2	0,9	0,0
	Gezielte Fachkräfteanwerbung	0,2	0,7	0,3	-1,0	-0,5	1,3	0,0
Staatliches Handeln	Deregulierung	-0,1	0,1	-1,1	0,0	-0,2	0,5	0,0
	Steuern und Abgaben	1,4	2,7	0,8	1,0	2,2	0,9	4,0
	Gründungsförderung	-0,4	0,3	0,4	-0,8	-0,8	1,3	1,6
	Arbeitsanreize	0,5	1,4	0,1	-0,1	1,9	-0,1	1,6
Infrastruktur	Investitionsschub	0,5	0,5	0,8	0,3	0,5	1,3	2,0
	Vereinfachung Prozesse	0,5	0,2	0,1	0,2	0,3	1,3	1,0
Bildung und Integration	Investitionen in Bildung	1,0	1,5	1,2	-0,4	-0,1	0,6	0,7
	Strukturreform Bildung	0,3	1,3	1,7	-1,1	-0,9	0,7	-0,8
	Integration Bildungssektor	0,1	0,1	0,8	-1,2	-0,7	-0,2	-1,9
	Integration Arbeitsmarkt	0,3	0,4	0,4	-1,0	-0,3	0,3	1,0
Mindset	Anreize Partizipation Arbeitsmarkt	0,4	1,6	0,1	-0,8	0,7	-0,2	0,7
	Anreize Vermögensbildung	0,6	-0,6	-0,6	-1,4	0,9	-0,6	0,0
	Anreize für mehr Vollzeit	1,9	0,9	0,2	0,6	-0,2	0,4	-0,7
Mittelwert	0,3	0,7	0,3	-0,2	0,0	0,5	0,7	
Median	0,3	0,5	0,4	-0,3	-0,2	0,6	0,7	

Das Centrum für Europäische Politik (cep) hat gemeinsam mit der Zukunfts-Fabrik.2050 und KI-Unterstützung die Zukunftsorientierung der Wahlprogramme untersucht. Die Forscher ziehen folgende Schlussfolgerung: „AfD und BSW setzen laut Studie verhältnismäßig häufig auf externe Krisenbeschreibungen, während FDP, Grüne und SPD stärker aktiv gestaltbare Szenarien beschreiben.“ Der Großteil aller Zukunftsbilder sei dennoch abstrakt. Häufig würden Schlagworte wie „Digitalisierung“ verwendet, ohne Ausführungen zu konkreten Instrumenten. So zeige die KI-gestützte Analyse der Bundestagswahlprogramme eine deutliche Diskrepanz zwischen rhetorischem Fortschrittsanspruch und handlungsweisender Zukunftsorientierung.

Bei der cep-Studie geht es auch nicht nur um Wirtschaftspolitik, sondern um die Gesamtheit der Programme. Daher lässt sich aus ihr auch kein direkter Rückschluss auf die Angemessenheit der wirtschaftspolitischen Konzepte ziehen. Des Weiteren ist der optimale Grad der Zukunftsorientierung eine Frage der persönlichen Werte und Präferenzen. Wer sich eine Zukunft wünscht, die der Vergangenheit ähnelt, findet vermutlich bei Parteien mit niedrigem Indexwert eher eine politische Heimat (siehe Abb. 14). Zugleich gilt, dass wirtschaftspolitisch starr an den Rezepten der Vergangenheit festzuhalten, einer Wiederbelegung des deutschen Wirtschaftswachstums eher im Wege stehen dürfte.

Abb. 14: Durchschnittliche Zukunftsorientierung der Wahlprogramme (Index)



Quelle: [CEP](#), LBBW Research

Danksagung: Für die Erstellung der KI-Analyse, die den Abbildungen 12 und 13 zugrunde liegt, bedanken wir uns bei Finn Mattes Leßmann und Finn Mika Zukschwerdt, zwei Schülern des HAP Grieshaber Gymnasiums in Reutlingen. Beim Reutlinger Vorentscheid des Landeswettbewerbs „Start-up BW Elevator Pitch“ des Landeswirtschaftsministeriums haben die beiden 16- beziehungsweise 17-Jährigen den Publikumspreis mit ihrem KI-gestützten Online-Wahl-Tool Finde-Deine-Partei.ai gewonnen. Wir gratulieren herzlich!

Disclaimer

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und Liechtenstein.

Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur zu Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.